

Nr. XIX. GP-NR
199 /J
1994 -12- 19

A N F R A G E

der Abgeordneten Wurmitzer
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend das Zollamt Arnoldstein nach dem EU-Beitritt.

Die Diskussion über die Zukunft der Bediensteten des Zollamtes Arnoldstein verläuft unbefriedigend. Sie stehen zwei Wochen vor dem Eu-Beitritt, weder die Öffentlichkeit noch die Bediensteten selbst haben Kenntnis über ihre Zukunft. Am Zollamt Arnoldstein und an den westlich davon gelegenen Zolldienststellen sind von dieser Problematik mehr als 200 Bedienstete mit ihren Familien betroffen.

Für die Bediensteten ist es neben ihren existenziellen Ängsten deprimierend, daß man sie über konkrete Pläne, die ihre Zukunft betreffen, nicht oder nicht ausreichend informiert.

Die Bediensteten leben vielfach in der näheren Umgebung des Zollamtes bzw im Gailtal und haben hier mit ihren Familien eine Existenz aufgebaut. Sie sorgen sich um ihre Zukunft an der EU-Binnengrenze und nach jahrzehntelangem Dienst für die Republik haben sie Anspruch auf Information über weitere Pläne.

Das Zollamt Arnoldstein wurde Mitte der Achtzigerjahre (1985 bis 1988) mit einem Aufwand von mehreren hundert Millionen Schilling errichtet. Bei nicht entsprechender Ausnützung der Zollamtsanlagen wäre dies für den Steuerzahler belastend und die Bediensteten würden eine wohnsitznahe Arbeitsstelle verlieren.

-2-

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A N F R A G E

1. Ist ~~es~~ beabsichtigt, dem Zollamt Arnoldstein im Gesetzes- oder Verordnungswege zentrale (bundesweite oder landesweite) Aufgaben zuzuweisen?
2. Ist ~~es~~ beabsichtigt, die Infrastruktur des Zollamtes Arnoldstein mit seinen Abfertigungsanlagen weiterhin zu nutzen und dem Zollamt entsprechende Agenden zuzuweisen?
3. Ist ~~es~~ beabsichtigt, die Zollbediensteten über ihre berufliche und existenzielle Zukunft demnächst ausreichend zu informieren und ihnen sozial verträgliche Lösungen anzubieten?